

# Abo-Wind darf bei Weilers bauen

Gemarkung Brachtal: Regierungspräsidium genehmigt drei Windkraftanlagen

**Brachtal/Wächtersbach (re).** Das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt hat der Abo-Wind AG jetzt die Errichtung und den Betrieb von drei Windkraftanlagen im Wald im südlichen Bereich von Brachtal und östlich von Weilers mit einer Nennleistung von dreimal 2,5 Megawatt genehmigt. Die Anlagen des Typs General Electric 2.5-120 liegen in einem geplanten Vorranggebiet für die Windenergienutzung. Der jährlich erwartete Ertrag reicht aus, um circa 5 500 Drei-Personen-Haushalte mit sauberem Strom zu versorgen. Dies ermöglicht eine jährliche CO<sub>2</sub>-Einsparung von etwa 14 000 Tonnen.

Obwohl das Genehmigungsverfahren gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz in einem nicht öffentlichen Verfahren erfolgt sei, habe die RP-Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt in Frankfurt die von Bürgern aus der Nähe der Anla-

genstandorte und von den Nachbarstädten vorgetragenen Bedenken geprüft und soweit möglich im Genehmigungsverfahren berücksichtigt. Insbesondere seien Bedenken zur Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die 200 Meter hohen Anlagen und zu Auswirkungen auf das Kurviertel in Bad Soden-Salmünster im Verfahren gründlich geprüft und abgewogen worden. Dabei seien die baugleichen und ebenfalls von der

Firma Abo-Wind AG bereits Ende Juli ans Netz gegangenen Anlagen bei Neudorf hinsichtlich der Belange des Lärmschutzes und Schattenwurfs in die Prüfung mit einbezogen worden.

Danach habe die Genehmigungsbehörde zusammenfassend festgestellt, dass bei Bau und Betrieb der Anlagen nicht mit schädlichen Umwelteinwirkungen, sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen oder Belästigungen im Sinne

des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft zu rechnen sei.

Der Bau einer weiteren Anlage, die ursprünglich gemeinsam mit den drei vorgenannten in Neudorf gebauten Anlagen genehmigt worden sei, werde derzeit nicht weiterverfolgt, sondern sei de facto durch die südlichste der jetzt genehmigten Anlagen obsolet geworden, so das Regierungspräsidium.